

Deutsche Börse überrascht, Amazon plant Kündigungswelle, Niedergang der deutschen Wirtschaft?

Deutsche Börse überrascht

Nach einem überraschend guten Geschäft sieht sich die Deutsche Börse auf Kurs zu ihren Jahreszielen. Trotz geringerer Schwankungen an den Aktienmärkten entfiel auf die Anteilseigner im dritten Quartal ein Gewinn von 473 Millionen Euro und damit 6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, wie der Dax-Konzern am Montagabend (27.10.2025) in Frankfurt mitteilte. Analysten hatten mit einem geringeren Anstieg gerechnet. ([Manager Magazin](#))

Amazon plant Kündigungswelle

Wenige Jahre nach dem Pandemie-Boom ist die Nachfrage bei Amazon vorbei. Und nun soll die Belegschaft wieder schrumpfen. Amazon plant Insidern zufolge die Streichung von bis zu 30.000 Stellen in der Verwaltung. Die Kündigungen sollen am Dienstag (28.10.2025) beginnen, wie die Nachrichtenagentur Reuters am Montag (27.10.2025) von drei mit der Angelegenheit vertrauten Personen erfuhr. Als Grund für den angepeilten Stellenabbau gelten Kostensenkungen und der Ausgleich für übermäßige Einstellungen während der Coronapandemie. Allerdings entsprächen fast zehn Prozent der rund 350.000 Angestellten in der Verwaltung des US-Onlinehändlers. Besonders betroffen ist die Personalabteilung, wo 15 Prozent des Personals wegfallen soll. Insgesamt arbeiten rund 1,55 Millionen Menschen für den Konzern. Amazon selbst lehnte eine Stellungnahme ab. ([Spiegel Online](#))

Niedergang der deutschen Wirtschaft?

Ifo-Chef und Ökonom Clemens Fuest warnt vor einem weiteren Verfall der deutschen Wirtschaft und fordert ein größeres Reformkonzept. Deutschland befindet sich seit Jahren in einem wirtschaftlichen Niedergang. Die Lage ist mittlerweile dramatisch, so Fuest. Das Münchner Institut hat eine neue Studie veröffentlicht, die zeigt, dass der Staatskonsum seit 2015 um gut 25 Prozent gestiegen ist, während die Unternehmensinvestitionen wieder auf das Niveau von 2015 zurückgefallen sind. Auch schon länger stagniere der durchschnittliche Lebensstandard. Der Ökonom forderte die Bundesregierung auf, in den nächsten sechs Monaten ein umfassendes Reformkonzept vorzulegen, das weit über den Koalitionsvertrag hinausgeht. Das Gesamtkonzept müsse bis spätestens Frühjahr 2026 vorliegen. ([Der Tagesspiegel](#))